

16. Dezember 2008/bsg16

Erfolgreicher Start des neuen Integrationsbeirates

Gestern fand die erste Sitzung des Gremiums für die 19. Legislatur statt

Der neue Integrationsbeirat für die 19. Legislaturperiode hat seine Arbeit aufgenommen: Am gestrigen Abend fand unter dem Vorsitz von Dietrich Wersich, Senator für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz, die konstituierende Sitzung des Gremiums statt. Senator Wersich: „Die Integration von Zuwanderern ist eine der wichtigsten Schlüsselaufgaben unserer Zeit. Mit dem Integrationsbeirat haben wir ein Forum der Beratung und des Austausches zu integrationspolitischen Themen geschaffen, in dem Hamburgerinnen und Hamburger aus allen Lebensbereichen mit und ohne Migrationshintergrund mitwirken. Unser Ziel ist es, das friedliche und fruchtbare Zusammenleben der unterschiedlichen Kulturen in unserer Stadt weiter zu fördern und voranzubringen, angefangen vom Arbeitsmarkt über Bildung bis hin zum bürgerschaftlichen Engagement. Ich bin mir sicher, dass der Integrationsbeirat hierbei Begleiter und Wegbereiter sein wird.“

Der Integrationsbeirat für die 19. Legislaturperiode unter Vorsitz von Sozialsenator Dietrich Wersich umfasst weitere 61 Mitglieder (Anlage), die sich zusammensetzen aus:

- erstmalig von Migrantenorganisationen gewählten Personen mit eigenem Migrationshintergrund (19 Personen);
- 42 Vertretern diverser Handlungsfelder (u. a. Politik, Wirtschaft, Arbeit, Bildung und Kultur), die vom Präses der Sozialbehörde berufen worden sind (neuerdings u. a. auch aus den Bereichen Medien, Flüchtlingshilfe und Muslimische Gemeinden).

Außerdem wirken elf assoziierte Mitglieder von Fachbehörden und der sieben Bezirksverwaltungen mit.

Senator Wersich beglückwünschte die gewählten Mitglieder zu ihrer Wahl und bedankte sich bei allen Mitgliedern für ihre Bereitschaft, die Integrationsförderung in der Stadt durch ihre ehrenamtliche Mitwirkung im Beirat weiter voranzubringen. In einem Ausblick auf die integrationspolitischen Herausforderungen, mit denen sich der Beirat befassen wird, hob der Senator die weitere Umsetzung des Hamburger Handlungskonzeptes zur Integration von Zuwanderern, die sich aus dem Koalitionsvertrag ergebenden Aufgaben sowie die Selbstverpflichtungen der Länder im Zusammenhang mit dem Nationalen Integrationsplan hervor.

Nach einer Vorstellung der einzelnen Mitglieder und einem Austausch über Erwartungen hat sich der Beirat über Grundlagen und Arbeitsweisen als vielfältiges und beratendes Gremium verständigt. Demnach sollen künftig neben Plenumssitzungen sogenannte Themenforen zu folgenden Themenkomplexen stattfinden:

- Gleichberechtigte Teilhabe
(u.a. interkultureller Dialog in der Bevölkerung, interkulturelle Öffnung der Verwaltung, Öffentlichkeitsarbeit und Zusammenarbeit mit den Medien, Förderung der Einbürgerung, Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus)
- Bildung, Ausbildung, Arbeit
(u.a. Verbesserung der Bildungschancen, Sprachförderung, Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen, Verbesserung der Übergänge in Ausbildung und Beschäftigung, Selbständigkeit)
- Zusammenleben in der Stadt
(u. a. Wohnen und Stadtteilentwicklung, Bürgerschaftliches Engagement, Sport, Kultur, Religion, Soziale Integration durch Kinder- und Jugendarbeit, Familienförderung, Gesundheitsprävention, Angebote für ältere Zuwanderer)

Die Themenforen werden vom Vorsitzenden des Integrationsbeirates, Senator Dietrich Werlich, und Dr. Michael Voges, Staatsrat der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz, geleitet. Sie dienen dem intensiven und lebendigen Diskurs zu bestimmten integrationspolitischen Fragestellungen. Im Bedarfsfall sollen die Themenforen durch Arbeitsgruppen ergänzt werden.

Die ersten Themenforen werden bereits im Januar und Februar 2009 stattfinden, die nächste Plenumssitzung ist für März 2009 geplant.

Weitere Informationen über den Integrationsbeirat gibt es im Internet unter der Adresse www.hamburg.de/integrationsbeirat.

Fotomaterial zum Integrationsbeirat kann bei der Pressestelle der BSG (Kontakt siehe unten) angefordert werden.

Für Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Jasmin Eisenhut

Tel.: 42863-28 89, Fax: 42863-38 49

E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de